Netzwerk
Erinnerung + Zukunft
in der Region Hannover e.V.

Newsletter
Berichte – Informationen – Debatte

März 2019

Liebe Netzwerkmitglieder und Interessierte,

die wieder gut besuchte Mitgliederversammlung des Vereins Netzwerk am 19. März konnte anlässlich von turnusgemäß anstehenden Neuwahlen zum Vorstand auf zwei recht erfolgreiche Jahre zurückblicken. Dieser Newsletter ist ein Spiegel dieser Arbeit. So sind auch in dieser Ausgabe etliche Berichte und Informationen zu Veranstaltungen und Aktivitäten im Bereich der Erinnerungskultur innerhalb und außerhalb der im Netzwerk organisierten Initiativen enthalten. Es könnten gewiss mehr sein, wenn Veranstalter*innen diese Informationsplattform zur Verbreitung ihrer Inhalte intensiver nutzen würden. Ich möchte dazu ermuntern. Denn jenseits seiner Funktion als Verständigungsorgan unter den Mitgliedern wirkt er weit darüber hinaus und stellt für jede einzelne Veranstaltung/Aktivität Öffentlichkeit über den Kreis der jeweils Anwesenden hinaus her.

Peter Schyga (Netzwerkreferent)

Der Inhalt:

- **„Mut tut gut“ – Reichsbanner - Gedenkveranstaltung im Stadtteilzentrum Lister Turm**
- **Erinnerung an Deportation von Sinti und Roma – Jagau warnt in Gedenkstätte Ahlem: „Es kann sich wiederholen.“**
- **Antisemitismus als Provokation– Auch Förderverein der Gedenkstätte Ahlem fordert Solidarität mit Juden**
- **Erinnerungskultur in der Wedemark**
- **Zur deutschen Geschichte der Neuen Rechten seit 1945**
- **SPD und Gewerkschaften in Hannover zwischen 1918 und 1933. Fragen an die Geschichte der hannoverschen Arbeiterbewegung**
- **„ZeitZentrum Zivilcourage“ – eine Einführung in ein bald fertiges Haus**
- **Dokumentation: „Sie kamen um zu helfen – Die Hilfsarbeit der Quäker in Deutschland im 20. Jahrhundert"**
- **Extremismus in der Polizei**
- **Kurzbericht über die Mitgliederversammlung des Netzwerks**
- **Ausblicke**
- **Stellenangebot**

„Mut tut gut“ – „Reichsbanner“- Gedenkveranstaltung im Stadtteilzentrum Lister Turm

Am 22. Februar 1933 wurden Mitglieder des Reichsbanners, die eine Veranstaltung der SPD im Lister Turm schützen wollten, aus dem Hinterhalt von der SA angegriffen. Es kamen zwei Mitglieder zu Tode. Im Gedenken an die Toten, aber auch im Gedenken an das Ende der Demokratie in Deutschland, finden jedes Jahr Veranstaltungen zum Thema Nationalsozialismus und Demokratie statt. Immer auch bezugnehmend zu aktuellen Themen.

An diesem Freitagnachmittag fanden gegen 17 Uhr fast 50 Besucher*innen den Weg in den großen Saal des Lister Turms. Begrüßt wurden die Gäste von Andreas Pieper, dem ersten Vorsitzenden des Fördervereis Lister Turm und Birgit Ahrens, der Geschäftsführerin des Stadtteilzentrums Lister Turms. Dann übernahm MdL Alptekin Kirci (SPD), der diesjährige Gastredner, das Wort. In seinem Beitrag blickte er auf die historischen Ereignisse 1933 und beleuchtete gleichfalls aktuelle politische Entwicklungen und Ereignisse. Er mahnte zum Zusammenhalt der Gesellschaft und warb für unsere Demokratie. Für seine Rede erhielt er viel Zustimmung aus dem Publikum. Im zweiten Teil der Veranstaltung rückten unser Grundgesetz und hier besonders die ersten fünf Artikel in den Focus. Das Grundgesetz feiert im Mai dieses Jahrs seinen 70. Geburtstag und ist das Fundament für unsere Demokratie. Mit unterschiedlichen künstlerischen Herangehensweisen und verschiedenen Perspektiven wurden die ersten fünf Artikel lebendig und bekamen einen Bezug zu aktuellen Themen aus dem alltäglichen Leben. Im Anschluss an die Veranstaltung im Saal begaben sich alle Teilnehmenden nach draußen zur Gedenktafel. Dort wurden Kränze und Nelken niedergelegt und es gab eine Gedenkminute für die verstorbenen Reichsbannermitglieder.

Der Blick zurück in die Vergangenheit wurde mit der Aufforderung verbunden, sich für unser Grundgesetz, unsere Werte und Demokratie einzusetzen und sie nicht als etwas Selbstverständliches und immer Bestehendes anzusehen.

Birgit Ahrens

Erinnerung an Deportation von Sinti und Roma – Jagau warnt in Gedenkstätte Ahlem: „Es kann sich wiederholen.“

Anlässlich des 76. Jahrestages der Deportation von Sinti und Roma in der Zeit des Nationalsozialismus mahnt Regionspräsident Hauke Jagau zur Wachsamkeit. Führende Mitglieder der AFD wie Björn Höcke forderten eine Umkehr der Erinnerungskultur um 180 Grad. Sie wollten das Gedenken an die Verbrechen der Nazis auslöschen und damit neue Unmenschlichkeiten vorbereiten, erklärte Jagau am 3. März auf einer Gedenkveranstaltung der Gedenkstätte Ahlem. Ein erster Schritt sei „verbale Enthemmung“, sagte Jagau in Anwesenheit führender Vertreter von deutschen Sinti. Er forderte alle Menschen auf, solchen Versuchen entschlossen entgegenzutreten.

„Das Tor von Auschwitz war das Tor zur Hölle“, sagte der hannoversche Bürgermeister Thomas Hermann. Vom 2. auf den 3. März 1943 seien Sinti und Roma aus Niedersachsen verschleppt worden; insgesamt eine halbe Million wurden in Auschwitz ermordet. Noch heute zeige sich

gelegentlich Feindschaft gegen diese Bevölkerungsgruppe. Hermann verwies auf über dreißig Stolpersteine in der Stadt Hannover und ein Mahnmal im Altwarmbüchener Moor.

Siegfried Franz vom Niedersächsischen Landesverband der Sinti e.V. berichtete, dass sein Vater im KZ Buchenwald medizinische Versuche zu erleiden hatte, von denen er sich nie wieder erholt habe. Auch nach Ende des Zweiten Weltkriegs sei das Unrecht an den Sinti und Roma noch lange nicht zu Ende gewesen. Sie mussten in Baracken hinter Zäunen leben, betteln gehen, damit sie nicht verhungerten. Ihre Kinder wurden bis Ende der achtziger Jahre automatisch in Sonderschulen eingewiesen. Noch heute müssten Sinti bei Lehrstellen- und Wohnungssuche ihre Herkunft verleugnen. Wut staue sich auf.

Mario Franz vom Verein „Maro Dromm - Sui Generis (Unser Weg nach eigener Art) zum Erhalt der Sprache und Kultur der Sinti in Deutschland“ lobte die Zusammenarbeit mit Schulen sowie die Verfassung und Inszenierung von Theaterstücken. Höhepunkt sei eine Reise gewesen nach Auschwitz in Zusammenarbeit mit dem polnischen Jugendwerk und der Alexanderschule Wallenhorst bei Osnabrück. Lehrer Michael Hoffmann erarbeitete mit 19 mitreisenden Jugendlichen eine anrührende Foto- und Bilderausstellung, die in der Gedenkstätte bis zum 5. April zugänglich ist.

Lehrerin Carmen Bird, ebenfalls mit in Auschwitz, stellte sich vor als Sinta, die ihre Abstammung viele Jahre auch vor ihrem Kollegium verborgen habe. „Eines Tages wollte ich mich nicht mehr verstecken“, berichtete sie, denn sie spürte einen nahenden „Tod der Seele“. Ihre Großmutter habe Auschwitz überlebt. Sie sei stolz auf sich und ihre Familie und ihren Status als Beamtin.

Schülerin Laura berichtete über die Fahrt nach Auschwitz. Zusammen mit polnischen Jugendlichen hätten sie Spaß gehabt und Traurigkeit erlebt. „Viele haben geweint“.

Dr. Jens Gundlach

Antisemitismus als Provokation– Auch Förderverein der Gedenkstätte Ahlem fordert Solidarität mit Juden

Laut einer EU-Studie sagen rund 90 Prozent der Deutschen, dass der Antisemitismus in den letzten fünf Jahren zugenommen habe. Dies veranlasste den Förderverein der Gedenkstätte Ahlem, einer Einladung der Liberalen Jüdischen Gemeinde in Hameln zu folgen. Die Referentinnen für Kirche und Judentum der Hannoverschen Landeskirche, die Pastorinnen Prof. Dr. Ursula Rudnick und Dr. Daniela Koeppler, organisierten in Hameln ein ökumenisches Netzwerktreffen von Juden und Christen aus Niedersachsen mit dem Thema Antisemitismus. Hauptfrage der Konferenz: Was wünschen sich Juden, wie Judenfeindlichkeit abgebaut werden kann.

Rachel Dohme, Vorsitzende der Liberalen Jüdischen Gemeinde in Hameln, berichtete, sie habe „phantastische Begegnungen“ mit Schulklassen, die sie durch ihre Synagoge führe. Die Synagoge sei ein „Begegnungsort für alle Menschen“. Menschliche Kontakte besonders mit Jugendlichen und deren Erziehung zu Moral und Ethik in Schule und Konfirmandenunterricht

seien die beste Abwehr von Antisemitismus. Noch mehr Lehrkräfte sollten Synagogen besuchen.

Dr. Ulrike Offenberg, die Rabbinerin der Gemeinde, beklagte, dass die Schamgrenze in der Gesellschaft gefallen sei. Antisemitismus äußere sich immer mehr als Kritik am Staat Israel. Aus Angst vor Hass und Übergriffen trauten sich Juden, auch sie selbst, kaum noch mit Kippa auf die Straße. Kirchen und Christen sollten sich zu einem „deutlicheren Zeugnis für Israel“ entschließen. Israel sei, auch wenn es politische Fehler gebe, im Unterschied zu seiner Umgebung ein demokratischer Staat. Israelreisende, beklagte sie, seien fixiert auf christliche Erinnerungsstätten im Heiligen Land. Besser wäre es, auch Israel selbst in seiner Beschaffenheit und mit menschlichen Begegnungen zur Kenntnis zu nehmen.

Von jüdischer Seite in Schaumburg wurden schlimme antisemitische Übergriffe geschildert. Die Kirchen wurden aufgefordert, Feste wie Weihnachten und Ostern zu nutzen, auf die jüdischen Wurzeln des Christentums hinzuweisen. In einer gemeinsamen Erklärung betonte die Konferenz, dass Juden und Christen religiös gesehen Geschwister seien. Daraus ergebe sich für Christen, bei antisemitischen Vorfällen deutliche Solidarität mit Juden zu zeigen. Dr. Rainer Litten, der Vorsitzende des Fördervereins der Gedenkstätte Ahlem, unterstützte die Erklärung ausdrücklich.

Dr. Jens Gundlach

Erinnerungskultur in der Wedemark

Beim vierten Symposium zur Geschichtsreihe über die Wedemark von 1930 bis 1950 am 28. Februar im Bürgerhaus Bissendorf präsentierten die Protagonist*innen dieses ambitionierten Projekts ihre neuesten Ergebnisse.

Im Zentrum standen an diesem Abend Schülerinnen und Schüler der Geschichts-AG des Gymnasiums Mellendorf, die ihre Forschungen zu katholischen Flüchtlingen in der Wedemark ab 1944/45 vorstellten. Warum dies Thema? Weil die Nachkriegszeit und damit die Überwindung der NS-Diktatur, die Versuche des Aufbaus eines republikanisch-demokratischen Staats- und Gemeindewesen und die Integration der vielen Flüchtlinge und Vertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten unbedingt in den Kanon des Untersuchungszeitraums gehören. Zeitzeugeninterviews veranschaulichten die schlichten Fakten diese Aufnahme- und Integrationsprozesses. Willkommen war kaum jemand, dem unter großen Strapazen und Gefahren der Weg nach Westen gelang. Fremd fühlten sich die aus Ostpreußen oder dem Sudetenland Stammenden. Die Einheimischen sahen sich oft überfordert, denn plötzlich gab es ebenso viele „Fremde“ mit anderem kulturellen Hintergrund, anderen Lebensgewohnheiten, anderem Glauben, auch im Dialekt anderer Sprache in den Orten. „Man mochte sie nicht besonders“, zitierte die AG eine der wenigen Ortschroniken, die überhaupt Flüchtlinge zum Thema hatten. Zur Heimat, so die Befragten, sei die Wedemark erst während eines langen

Zeitraums der Eingewöhnung, der gegenseitigen Akzeptanz, des Aufbaus eine eigenen Existenz aus dem Nichts heraus geworden – Sehnsuchtsort blieb die oft alte Heimat.

Bürgermeister Helge Zychlinski, der zusammen mit Dr. Rainer Enste kongenial das Projekt auf den Weg und vorangebracht hat, moderierte die Veranstaltung souverän und kurzweilig. Die Schülerin Kathrin Grund lockerte mit ihrem Violinspiel – begleitet von ihrer Musiklehrerin am Flügel – die hohe Aufmerksamkeit erfordernde Gesamtveranstaltung gekonnt und ausdrucksstark auf.

Prof. Manfred Zimmermann bekam die Gelegenheit, virtuell den Entwurf eine Gedenktafel zugunsten der Opfer des Nationalsozialismus vorzustellen und zu erläutern. Er wurde von den Anwesenden als künstlerisch gelungen und seinem Sinn angemessen beurteilt.

Martin Stöber vom Niedersächsischen Institut für Historische Regionalforschung e.V., das die wissenschaftliche Fachberatung des Gesamtprojekts innehat, stellte die einzelnen Elemente des insgesamt 7 Bände umfassenden Schrifttums zum Thema vor. Dabei hob er die große Leistung der vielen ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen ausdrücklich ins Zentrum seines Rück- und Ausblicks. Zudem sei es gelungen, mit Prof. Karl Schneider von der Universität Hannover einen Lehrenden zu gewinnen, der mit seinen Studierenden diese Ehrenamtlichen stützt. Der Aufbau eines Ortsarchivs und zusätzliche Untersuchungen etwa zur Politik der Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg werden von einzelnen studentischen Arbeitsgruppen mitgetragen. Stöber ging dann näher auf den Inhalt des gerade erschienen siebten Bandes der Untersuchungsreihe, der Feldpostbriefe unter dem Titel „Der lange Weg des Friedrich Ohlhorst“ dokumentiert und einordnet, ein. Einen achten Band, der sich mit Aspekten der Ortsgeschichte wie „Die vergessene Autobahn“ oder der Geschichte des Naturfreundehauses befasst, die keinen Eingang in die themenkonzentrierten anderen Bände finden konnten, kündigte Stöber zum Abschluss der Reihe an.

Zum Finale der Veranstaltung ergänzte Rainer Enste Stöbers Auskünfte zum Stand der Arbeiten am Wedemark-Projekt. Er hob hervor, dass in diesem Jahre währenden Forschungs- und Vermittlungsprojekt viele Mitwirkende aus durchaus unterschiedlichen Perspektiven und Lebenserfahrungen ein ziemlich einmaliges Gesamtprodukt geschaffen haben. Zudem seien Grundsteine für die Verstetigung dieser Arbeit, etwa für den Aufbau eines Archivs oder für weitere Forschungen gelegt worden.

Zum inhaltlichen Füllen des Symposium-Mottos „Erinnerungskultur in Zeiten rechtspopulistischer Tabubrüche“ war Regionspräsident Hauke Jagau als Redner eingeladen. Er sprach vor einem Publikum, dem die „Bedeutung der Erinnerungskultur und Geschichtsermittlung in Zeiten rechtspopulistischer Tabubrüche“, so in der Ankündigung, durchaus bewusst gewesen sein dürfte. Jagaus ausführliches Zitieren der mittlerweile sattsam bekannten geschichtsrevisionistischen Äußerungen von AfD-Führungskadern wird so kaum Erkenntnisgewinn hervorgerufen haben. Herr Jagau benannte die aus diesen Reihen kommenden „Tabubrüche“, skandalisierte einen Begriff wie „völkisch“ und wandte sich gegen eine Weltsicht, das angeblich „Gute“ an der deutschen Nation gegen die zwölf Jahre NS-Diktatur zu stellen, um diese damit klein zu reden und zu relativieren.

Gern hätte man von einem führenden Politiker der Region einiges über politische Strategien gehört, wie jenseits von Empörung über geschichtsrevisionistische Aufwallungen dem

Rechtspopulismus in der tagtäglichen politischen Auseinandersetzung beizukommen sein könnte. So wäre etwa zu besprechen, warum etwa das Reden um ein im Völkischen verwurzelten deutschem Volkstum für etliche Menschen so attraktiv ist, oder wie es sein kann, dass Nation als Mythos und politischer Kampfbegriff gegen Europa und die Welt eine solche Renaissance erhält. Ein Problem, mit dem die in der Erinnerungskultur aktiven Menschen zunehmend konfrontiert sind, hätte unter dem Titel des Vortrags ganz sicher angesprochen werden können: Es reicht nicht mehr, Geschichte zu erforschen und angemessen vermitteln. Die Erinnerungskultur muss wieder politisch werden, aus ihren Reihen sollte eine geschichtspolitische Offensive gegen Geschichtsrevisionismus an allen sich bietenden Fronten entfaltet werden. Wenn man dabei damit begänne, den euphemistischen Begriff des Rechtspopulismus näher zu erkunden, würde sicher einiges klarer werden. Die deutsche republikanische Geschichte – nicht nur in Weimar, auch in der Bundesrepublik – gibt genügend Zeugnis davon ab, wie wenig trennscharf Grenzen zwischen bürgerlich-rechtsliberalen politischen Positionen und mehr oder minder verkleideten rechtsextremistischem Gedankengut gezogen werden. Nationalismus, deutsche Reichsherrlichkeit, Xenophobie und auch Antisemitismus bilden dabei ein gemeinsames Band.

Der Abend, der mit Gesprächen bei Schnittchen und Getränken ausklang, kündete insgesamt – nicht nur für die Wedemark – von einem Mut machenden Stück lebendiger Erinnerungskultur.

PS

Zur deutschen Geschichte der Neuen Rechten seit 1945

Norbert Frei ist mit seinen regelmäßigen Kolumnen in der Süddeutschen Zeitung einer der wenigen renommierten Zeithistoriker*innen des Landes, der sich in viele Themen gesellschaftspolitischer und geschichtspolitischer Diskurse jenseits von Fachorganen produktiv einmischt. Nun hat er zusammen mit seinen Kolleg*innen Franka Maubach, Christina Morina und Maik Tändler – allesamt mit wissenschaftlichen Wurzeln in der Schmiede kritischer Zeithistorie des Jena Centers – ein informatives und lebendig geschriebenes Buch zu Kontinuitäten von Nationalismus und Rechtsextremismus in der Bundesrepublik und der DDR herausgegeben.

Der Untertitel „Zur rechten Zeit. Wider die Rückkehr des Nationalismus“ klingt ein wenig nach Traktat. Doch der Band ist mit seinen acht Kapiteln ein aufklärendes Essay, eine zeithistorischen Fundierung einer kritischen gesellschaftspolitischen Stellungnahme. Es gelte „unter dem Eindruck der gegenwärtigen rechten Konjunktur […] die Geschichte der beiden deutschen Staaten nach 1945 noch einmal neu in den Blick zu nehmen, anders denn als gängige Erfolgsgeschichte zu erzählen“, heißt es in der Einleitung. Jenseits Beifall heischendem Alarmismus oder kühler Seminarsprache werden unterschiedliche Aspekte einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung um Fragen der Nation, des Antisemitismus, von Ausländerfeindlichkeit und Rassismus, der ideologisch/politischen Tradition einer sich so betitelnden konservativen Revolution, auch eines kritikleeren verordneten Antifaschismus verhandelt. Den Autor*innen zeigen, dass es um die so bezeichneten Lehren aus der Geschichte, die gesellschaftliche Aneignung der ehernen Artikel des Grundgesetzes von 1949

mal ein offenes, mal ein verdecktes, immer zähes Ringen um Deutungshoheit gab – und gibt. Die gegenwärtig sich massiv herausbildende „nationalistische Formation“ hat ihre vielfältigen Wurzeln in deutsch-nationalen Politikentwürfen und ideologisch geprägten Geschichtsdeutungen, die nie irgendwie ganz entschwunden waren. Nach dem Krieg prägte der „Schlussstrich“ in Koalition gegen die angeblich im alliierten Entnazifizierungsprocedere formulierte Kollektivschuld weite Teile des gesellschaftlichen Lebens. Der verordnete Antifaschismus in der DDR hielt von Anfang an die Entschuldung der NS-Volksgemeinschaft bereit, denn nach der herrschenden Interpretation der Dimitroff –These von 1935 war das aggressive Finanzkapital treibende und entscheidende Kraft des Faschismus und das deutsche Volk dessen Opfer. Und mehr noch: Da der Kapitalismus in der sozialistischen deutschen Volksrepublik abgeschafft war, könnten auch keine neuen faschistischen Tendenzen und Bewegungen aufkommen. Auch ein Schlussstrich – in anderem Gewand als im Westen, doch noch immer wirkungsmächtig.

Die allmähliche und stockende Hinwendung zu einer kritischen Vergangenheitsbetrachtung in der Bundesrepublik mobilisierte die alten, wieder fest im bundesdeutschen Gemeinwesen verankerten Kräfte der „konservativen Revolution“. Die parlamentarischen Erfolge der NDP in den sechziger Jahren korrespondierten mit bürgerlich-liberalen Vorbehalten gegen eine Einwanderungstendenz, wie sie sich seit den ersten „Gastarbeiter“- Anwerbestopps entwickelte. Noch heute wird ja behauptet, Deutschland sei kein Einwanderungsland, wieder heute können gegen „das Fremde“ und den „Fremden“ erfolgreich Massen mobilisiert werden. In der DDR wurden die „Kanaken“ und „Fidschis“ gleich in Massenunterkünfte verfrachtet, der Freizügigkeit beraubt und gleichzeitig von sozialistischer Völkerfreundschaft propagandistisch umarmt. Der Ruf nach dem Schlussstrich aus den fünfziger Jahren wandelte sich in „Entsorgungsbemühungen“ von Intellektuellen und Politikern der bürgerlichen Mitte, die dann in Ost und West in einem Preußenhype mündete, mit dem die deutsche Geschichte und die Deutschen normalisiert werden sollten. Zur berühmten Martin Walser-Rede vom 11. Oktober 1998, ließ sich Gerhard Schröder mit der Bemerkung zitieren, ein Schriftsteller müsse das sagen dürfen und sowieso solle das Holocaust-Denkmal in Berlin ein Ort sein, zu dem Menschen „gerne hingehen“.

Viele Ecksteine einer Entwicklung von Geschichtsüberbewältigung auf unterschiedlichen Ebenen werden von den Autor*innen ins Gedächtnis gerufen und im retrospektiven Kontext der Gegenwartserfahrung erzählt. Anders als etwa Volker Weiss in seinem Buch über die „autoritäre Revolte“ (vgl. die Rezension von W. Stender im Newsletter Mai 2017), das sich mit den ideologischen Wuzeln und Kontinuitäten des Rechtsextremismus befasst, werden in diesem Band hauptsächlich die politischen Akteure in den Blick genommen, ohne etwa die Rolle Armin Mohlers oder Gerhard Ludwigs und anderer „Schuldkult“- Künder zu verkleinern.

Wer die Zeitgeschichte als eigene politische Erfahrung erlebt hat, wird an vieles erinnert werden, manche aufgegriffenen Sachverhalte mögen in der Erinnerung verblasst sein, manche gar nicht wahrgenommen worden sein. Für jüngere Menschen öffnen die Autor*innen in ihren kongenial formulierten Beiträgen tiefe Einblicke in erst zwei und nach 1990 eine deutsche Gesellschaft, die zu einem besseren Verständnis der heutigen „Rückkehr des Nationalismus“ geeignet sind. Grundlegende Forschungslücken werden nicht überdeckt. So wissen wir zwar über im antizionistischen Gewand daherkommenden Antisemitismus in der DDR einiges, über

dortigen Rechtsradikalismus wenig. Zwar wissen wir aus Forschungen um rechtsextreme, antisemitische und nationalistische Einstellungen im Osten der Republik nach 1990. Doch die ignorante und beschönigende Behandlung von manifest rechtslastigen Gruppen und Bewegungen durch die Parteien der bürgerlichen Mitte und die Staatsorgane harrt noch der wissenschaftlichen Analyse.

Dass mittlerweile „sämtlicher Felder des gesellschaftlichen Lebens“ von neurechten Akteuren und Aktivitäten besetzt werden hat allerdings, so die Autor*innen, auch zu Gegenreaktionen geführt. Ihr Befund, dass „parallel zum Vordingen des Rechtspopulismus in die Mitte der Gesellschaft genau dort auch das Bedürfnis nach Orientierung, Selbstvergewisserung und zu demokratischer Standfestigkeit wächst“, lässt sich seit einiger Zeit auch im Kleinen, Lokalen beobachten: Die Bereitschaft zum Engagement für unsere demokratischen Grundwerte scheint zu wachsen.

Norbert Frei hat an anderer Stelle, ähnlich wie der Bundespräsident, dafür plädiert, die Farben der demokratischen 1848-Revolution in Deutschland schwarz-rot-gold selbstbewusst gegen die kleingeistigen Nationalisten, die sich ihrer bemächtigen wollen, zu verteidigen. Das läge auf der am Schluss des Buches anempfohlenen Gegenstrategie gegen eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“: Ein „ruhig und zugleich emphatisch vertretener Verfassungspatriotismus ermöglicht aber auch eine Haltung, die gegenüber antidemokratischen Herausforderungen standfest bleibt.“

Norbert Frei, Franka Maubach, Christina Morina, Maik Tändler: Zur rechten Zeit. Wider die Rückkehr des Nationalismus, Berlin (Ullstein) 2019, 20,- €

PS

SPD und Gewerkschaften in Hannover zwischen 1918 und 1933. Fragen an die Geschichte der hannoverschen Arbeiterbewegung

War es der Ort oder war es der Zeitpunkt? Leider hatten am 7. März nur wenige Zuhörer*innen den Weg zur Waterloostraße ins Polizeipräsidium gefunden. Im Begleitprogramm zur sehenswerten Ausstellung „Freunde – Helfer – Straßenkämpfer. Die Polizei in der Weimarer Republik“ ist es Dr. Peter Schulze gelungen, die seriös quellengestützten Darstellungen aus seinen drei Vorträgen im vergangenen Oktober in der VHS (s. Beitrag von PS im Newsletter November 2018) zeitlich stark zu raffen, ohne dass die Kernerkenntnisse Schaden nahmen.

Die SPD wäre die einzige Kraft im Deutschen Reich gewesen, die die verhängnisvolle Entwicklung der Jahre zwischen 1914 und 1933 in eine andere Richtung hätte lenken können. Die Angst vor einer Mobilisierung der eigenen Mitglieder und Anhänger war aber offenbar größer als Vertrauen in die bewaffneten und zivilen Kräfte des alten Staates, in die Loyalität der rückwärtsgewandten Offizierskreise in Reichswehr und Polizei. Wahrhaft eine tragische Erkenntnis, die Peter Schulze vor allem mit zentralen Überschriften aus der sozialdemokratischen hannoverschen Tageszeitung „Volkswille“ belegen konnte. Erstaunlich der Einfluss, den die Hannoveraner Robert Leinert und Friedrich Rauch offenbar in den Jahren 1914 bis 1920 in der SPD-Spitze und in der Weimarer Nationalversammlung hatten.

In der auf den Vortrag folgenden Diskussion wurde von einem Besucher darauf hingewiesen, dass im vergangenen Jahr durch den SPD-Parteivorstand angekündigt wurde, die Arbeit der Historischen Kommission der Partei einzustellen. Historiker mit unterschiedlichen politischen Präferenzen kritisierten dieses Vorhaben zu Recht und aus gutem Grund!

Der Vortrag hätte wahrlich mehr Zuhörer*innen verdient, aber Peter Schulze wird ihn wiederholen: am Dienstag, 7. Mai um 18.00 Uhr im Veranstaltungszentrum „Rotation“ in den ver.di-Höfen, Haus B, Goseriede 10, 30159 Hannover.

Horst Dralle

„ZeitZentrum Zivilcourage“ – eine Einführung in ein bald fertiges Haus

Es hat sich mächtig was getan im „Rathauskontor“ seit unserem letzten geführten Besuch im „ZeitZentrum NS-Gesellschaft in Hannover“ vor gut neun Monaten (s. Bericht im Newsletter Juli/2018). Nicht nur, dass dieser Lernort jetzt auf den Namen „Zeitzentrum Zivilcourage“ getauft wurde: Aus der einstigen Baustelle ist nun ein höchst ansehnlicher Ort geworden, dem nur noch die Innereien fehlen. Die NS-Zeit in Hannover, eingebettet in eine bebilderte und kommentierte Chronik des 20. Jahrhunderts, wird in mehreren Modulen auf zwei Besucher*innenebenen dargestellt.

Das Team der städtischen Erinnerungskultur hatte, angeregt vom Verein Netzwerk, für Mittwoch, d. 13.3.2019 in die „Arena“ des Zentrums eingeladen, um in Wort und virtueller Darstellung Interessierten am authentischen Ort ihr Konzept vorzustellen.

Die „Arena“ war gut gefüllt; Florian Grumblies bei seinen Erläuterungen zur Biografie das NS-Gauleiters Hartmann Lauterbacher; © LHH Städtische Erinnerungskultur

Die Resonanz war groß. Vor mehr als 60 Zuhörer*innen präsentierten Julia Berlit, Edel Sheridan Quantz, Florian Grumblies und Karljosef Kreter kompetent, engagiert und – wer würde ihnen das nach den Anstrengungen der letzten Monate nicht aufrichtig gönnen – mit spürbarem Stolz ihr bald verwirklichtes Projekt. Anhand von vier biografischen Schnipseln (3 NS-Opfer, und Gauleiter Hartmann Lauterbacher) wurden Inhalte und die Funktionsweise der im Mittelpunkt der Arena stehenden Portraitwand erläutert. Besucher*innen, es war von geführten Schulklassen und Jugendgruppen als Hauptzielgruppe des Zeitzentrums die Rede, werden eine individuelle Eintrittskarte mit dem Portrait eines damaligen Zeitgenossen bzw. -genossin

erhalten. Man/frau bewegt sich also auf den Spuren einer Person, ihres Lebens und Erlebens in der NS-Zeit durch die Präsentation. 45 Würfel der beweglichen Portraitwand liefern die ersten Informationen zu den Personen auf der Eintrittskarte und geben Anhaltspunkte für die weitere Informationssuche beim Durchlaufen der Module. Dabei liefert die „hannoversche Chronik“ historische Hintergründe: durch Bilder, Infos und einer Fülle von Ergänzungen der Biografien.

Julia Berlit erläutert das „Jugendzimmer“ im UG; © LHH Städtische Erinnerungskultur

Im Untergeschoss geht es in „meine Stadt“ zu „meinem Nachbarn“. Jenseits der Lebensläufe werden Themen, die den Alltag der Volksgenossinnen und Volksgenossen bestimmten, in Inszenierungen thematisiert. Es geht dabei zum Beispiel um Verbote unter dem Stichwort „stell dir vor, das darfst du nicht oder das musst du“ – etwa nur bestimmte Musik hören, marschieren, keinen jüdische Freund*innen haben, Kritik am System zu üben. Eine „versteckte Nische“ befasst sich mit dem Widerstand in seinen alltäglichen Gefährdungen und Beschwernissen. Lebenswelten von 13 ausgesuchten Biografien werden in diesem Modul ausgebreitet. Ein besonders gestaltetes Jugendzimmer soll Verbindungen der Alltagswelten von damals und heute herstellen. Dabei geht es, so haben es eine Reihe von Jugendlichen eigenständig konzipiert, um junge Leute heute im Dunstkreis der Naziszene. Das geschieht nicht plakativ, sondern Besucher*innen werden angehalten, nach mehr oder minder versteckten Hinweisen, nach Spuren des Zimmerbewohners zu suchen.

Das ebenfalls im Untergeschosse untergebrachte „forschende Archiv“ wird mit analogen und digitalen Medien die Lebensgeschichten vervollständigen. Im „digitalen Hannover“ kann jede/r in einer digitale Zeitreise die Gestalten heutiger Orte mit damals vergleichen, sich also „in der Vergangenheit verorten“. Zudem werden digitale und analoge Quellen der Zeitgeschichte präsentiert, die zu weiterem Forschen anregen sollen.

Es wird weiter spannend bleiben, so der Vorsitzende des Vereins Netzwerk Erinnerung und Zukunft in der Region Hannover, Horst Meyer, in seinem Grußwort zu Beginn der Veranstaltung, wie dies seit vierzig Jahren in der Stadt angestrebte Projekt in seiner Vervollständigung Gestalt annimmt. Er betonte dabei, wie wichtig das hartnäckige, über Jahrzehnte währende zivilgesellschaftliche Engagement für die schlussendliche Realisierung eines solchen Ortes als Zentrum der Erinnerungskultur in der Stadt gewesen sei und – heute in organisierter Form im Verein Netzwerk mit über 50 Mitgliedern aus allen gesellschaftlichen Bereichen – immer noch ist.

So sehr dem weiteren Fortschritt bei der Realisierung des Zentrums nur das Beste zu wünschen ist, so wird mindestens eine Frage gestellt werden dürfen: Wie kann man nach allem, was wir durch jahrzehntelange internationale Forschung über die Hitler hinterherlaufende und ihn ermunternde NS-Volksgemeinschaft der Deutschen erfahren haben und wissen, einem Zentrum zeithistorischer Bildung zur NS-Zeit den Titel „Zivilcourage“ geben? Wenn etwas diese Zeit und die übergroße Mehrzahl der in ihr lebenden Menschen nicht ausgezeichnet hat, dann war das Zivilcourage. Karljosef Kreter betonte in seinem Eingangsstatement mit Zitieren eines entsprechenden Lexikonartikels, dass dieser Titel in einem demokratischen und diskursiven Findungsprozess durch den Rat der Stadt gewählt wurde. Das Problem bleibt: auch eine demokratisch herbeigeführte Entscheidung muss kein Garant für ihre sachliche Richtigkeit sein.

PS

Über die Dokumentation: „Sie kamen um zu helfen – Die Hilfsarbeit der Quäker in Deutschland im 20. Jahrhundert"

Über die humanitäre Hilfe der angelsächsischen Quäker in Deutschland zwischen 1920 und 1950 existieren vereinzelt Monographien, die regionale Aspekte in den Vordergrund rücken oder an Hand der Tätigkeit einzelner Quäker aufzeigen, wie sich die britischen und US-amerikanischen Freundinnen und Freunde bei der Rettung Hungernder, Verfolgter und Bedrängter einbrachten. Einen guten Überblick über die „stille Hilfe“ dieser Religionsgemeinschaft gibt Achim von Borries in seinem Werk „350 Jahre Quäker[1], das aber bereits 1995 erschien und nicht mehr verfügbar ist.

Jetzt wird eine Dokumentensammlung vorgelegt, die die ganze Bandbreite quäkerischer Hilfe im zwanzigsten Jahrhundert abbildet und dabei unter anderem auch auf Archivalien der „Religiösen Gesellschaft der Freunde“ zurückgreift, aber auch viele örtliche Bezüge zum norddeutschen Raum herstellt. So werden nicht nur offizielle Quellen wie Zeitungsartikel und Bilder erschlossen, sondern die Hilfeleistungen werden durch die zahlreichen Schreiben, Telegramme, Briefe und Zeichnungen plastisch und lebendig gemacht. Der172 Seiten starke Band gliedert sich in drei Teile.

Teil eins beschäftigt sich mit der Hilfe britischer und amerikanischer Quäker nach dem Ersten Weltkrieg. Ein weitgehend unbekanntes Kapitel europäischer Nachkriegsgeschichte, das hier sachkundig dokumentiert ist. Im zweiten Teil wird die Arbeit der Quäker für Verfolgte des Naziregimes dargestellt. Politisch und rassisch Verfolgte wurden über das „German Emergency Committee“ in London betreut, wenn sie aus den KZs entlassen wurden. Vielen konnte so zur Auswanderung, auch zur Flucht vor den Nachstellungen der Nazis geholfen werden. Am bekanntesten sind sicher die Kindertransporte, mit denen zehntausende jüdischer Kinder bis 1939 nach Großbritannien, wenn auch ohne ihre Eltern, gerettet werden konnten. Weniger bekannt ist, dass die Quäker 50.000 Juden halfen, sich über Shanghai in Sicherheit zu bringen, weil dort kein Visazwang bestand und keine „Affidavits“ verlangt wurden. An solchen Garantieerklärungen zur Übernahme der Lebenshaltungskosten der Geflüchteten scheiterten

[1] Mitteilungen des Deutschen Historischen Museums, Heft 15, Berlin 1995/96

Verfolgte sehr häufig. Wenige Länder waren damals bereit, rassisch oder politisch Verfolgte aufzunehmen und wenn, dann nur in einer lächerlich geringen Anzahl. Durch ihre Arbeit gerieten nicht nur die agierenden angelsächsischen, sondern auch die deutschen Quäker ins Visier der Geheimen Staatspolizei, wie man ebenfalls einigen der abgedruckten Dokumente entnehmen kann.

Der dritte und letzte inhaltliche Teil dokumentiert die „Hilfe britischer und amerikanischer Quäker nach dem Zweiten Weltkrieg“. Schon im Winter 1941 begannen dafür die Vorbereitungen: „Deutschland wird den Krieg verlieren. Bis zum Friedensschluss wird Europa noch fürchterlich verwüstet werden. Wegen dieser Verwüstung müssen wir, sobald es möglich wird, helfend eingreifen. Auf diese Arbeit müssen wir uns jetzt schon vorbereiten.“ Bereits im Juni 1945 befanden sich Teams der „Friends Ambulance Unit“ in Osnabrück, Hannover, Vechta und Celle, Hamburg und Wilhelmshaven. Versorgt wurden nicht nur die ansässige deutsche Bevölkerung, sondern ebenso auch Kriegsgefangene, KZ-Überlebende wie auch Flüchtlinge und Vertriebene aus dem Osten. Neben der unmittelbaren Hilfe mit Nahrung, Medikamenten und Kleidung wurden von den Quäkern auch Gelegenheiten zur Bewältigung der materiellen und auch geistigen Krise, die mit dem Zusammenbruch des Nazifaschismus in Deutschland auftrat. Die in den großen Städten wie z.B. Hamburg und in der Heide errichteten Nachbarschaftsheime gaben auch Gelegenheiten, sich neben praktischen Fragen bei „Ausspracheabenden für Haushaltsfragen und Erziehungsfragen“ den Ansichten anderer Völker über das besiegte Deutschland zu stellen. Für alle diese Hilfsaktivitäten erhielten die britischen Quäker, die die Federführung innehatten, 1947 den Friedensnobelpreis.

Zu beziehen ist die Dokumentation über lutz.caspers@quakers.net für 12 Euro

Wilfried Gaum

Extremismus in der Polizei

„Nein“, lautete die die kategorische Antwort des Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei in Niedersachen, Dietmar Schilf, auf die als Frage formulierte Überschrift der Veranstaltung am 21. März in der VHS-Hannover, die Polizei habe keine Extremismus-Problem. Prof. Dr. Tanjev Schultz vom journalistischen Seminar der Uni Mainz, vielen bekannt als Redakteur der Süddeutschen Zeitung, der sich mit seinen Recherchen zum NSU-Terror hervorgetan hat, hatte in seinem Eingangsimpuls vor etwa hundert interessierten Anwesenden anderes konstatiert. Es gäbe zu viele Polizisten mit rechtsextremen Einstellungen. Das hätten nun nicht nur die jüngst in Hessen aufgedeckten Fälle gezeigt. Sowie bei so bezeichneten Einzelfällen tiefer gebohrt würde, träten von der Öffentlichkeit unbemerkte Ausmaße dieses Problems hervor. Es gäbe eine cop culture, die rechtsextreme Eistellungen und institutionellen Rassismus schwelen lässt. Das Problem sei, dass keine empirischen aussagekräftigen Untersuchungen zu dem Themenkomplex existierten, weil die Polizei sich solchen Vorhaben gegenüber als closed shop erweise.

Dr. Astrid Jacobsen von der Polizeiakademie Niedersachsen, bestätigte den Befund, dass man nichts über Rechtsextremismus in der Polizei wisse, weil es entsprechende Empirie über Einstellungen, Verhalten und Organisierung nicht gäbe. Eine Studie aus NRW zeige aber

Anhaltspunkte, wie sich etwa Rassismus als Problem darstelle: So würden während der Ausbildung xenophobe Einstellungen im Durchschnitt abnehmen, doch in der Praxis stiegen sie wieder an. Sie selbst habe während eine teilnehmenden Studie die Erfahrung gemacht, dass während eines Einsatzes das Bemühen der Beamten um professionelles, vorurteilsfreies Auftreten hoch ist, doch schon zurück im Streifenwagen fange ein Diskurs an, der den Einsatzanlass ethnisiert. Dann sei von den Russen, Türken, Pennern etc. die Rede, kochten entsprechende Vorurteile hoch und könnten so einen Bodensatz für rechtsextreme Einstellungen bilden.

Die Polizeidirektorin Gwendolin von der Osten, Leiterin der Polizeiinspektion Hannover Mitte, knüpfte in ihrer Einlassung auf solche und ähnliche Praxiserfahrungen der Polizist*innen an. Diese hätten bei ihrer Arbeit viel mit Randgruppen der Gesellschaft zu tun, und diese Erfahrungen drohten ihr Menschenbild zu prägen. Vorurteile entstünden, würden durch die tägliche Praxis scheinbar bestätigt, Menschengruppen würden stigmatisiert. Polizist*innen würden sich äußerlich insofern wappnen, dass sie ein strikt formales, anlassbezogenes Auftreten an den Tag legten. Was dann in ihrem Inneren ablaufe, lasse sich schwer beurteilen. Bis auf den Gewerkschaftsfunktionär waren sich die Podiumsteilnehmer*innen weitgehend einig, dass es darauf ankomme, das existierende Problem rechtsextremer, rassistischer und xenophober Einstellungen als institutionelles Problem aufzufassen und entsprechende Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Alle wissenschaftlichen Studien zum Rechtsextremismus, zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, zeigen dass ca. 15 bis 20 Prozent der deutschen Bevölkerung entsprechende Einstellungen haben. Warum die Polizei davon nicht tangiert würde, blieb auch nach entsprechenden Hinweisen aus dem Publikum das Geheimnis Dietmar Schilfs. Er blieb hartnäckig bei seiner Einzelfallhypothese. Nun macht gewiss eine bestimmt Summe von Einzelfällen noch kein generelles Problem der Institution Polizei aus. Doch warum sollte gerade diese besondere, weil bewaffnete und mit außerordentlichen Befugnissen ausgestattete staatliche Institution mit dem gesellschaftlichen Problem vor nationalistischen, fremdenfeindlichen oder staatsautoritären Einstellungen und Verhaltensweisen besonders gefeit sein?

Ob der Korpsgeist dieser staatlichen Formation, ein Korpsgeist, der per se ein „wir gegen die“ - Verhalten fördert – das „Großstadtrevier“ und seine knuddeligen Charaktere in Hamburg ist eine Vorabendserie im Fernsehen und keine Realität – auch rechtsextremen Einstellungen Nährboden biete, lässt sich schwer nachweisen. Gründe sind oben genannt. Doch die aus Beobachtungen und empirischem Wissen über ähnlich strukturierte Organisationen erschlossene Annahme, dass auf das Verhalten der Einzelnen in einer Gruppe besonderes Augenmerk gelegt werden muss, um den demokratischen Charakter der Polizei zu bewahren, ist evident. Nachdem sich alle Debattierenden einig waren, dass es einen Linksextremismus in der Polizei nicht geben könne, weil zu diesem Beruf Charaktereigenschaften gehörten, die mit antiautoritärem, antistaatlichem oder anarchischem Verhalten nichts zu tun haben können, ließe sich andererseits nicht ausschließen, dass in die Polizei Personen strebten, die eher als der Bevölkerungsdurchschnitt Affinität zu Ordnung, Einordnung, Unterordnung, zu hierarchischen Systemen und formalen/uniformierten Autoritäten haben.

Ein aus der Reihe tanzen ist in korporativen Systemen nicht vorgesehen und nicht erwünscht. Das verschafft ihren Mitgliedern Sicherheit und Schutz, bildet aber zugleich eine innere und interne Hürde, menschenrechtsverletzenden Aktivitäten oder menschenfeindlichen Einstellungen von Mitgliedern dieses Systems entschlossen zu begegnen. Sowohl Frau von der Osten als auch Astrid Jacobsen berichteten aus ihren Praxis- und Ausbildungsbereichen, dass für Polizist*innen Angebote entwickelt würden, Reflexionseben jenseits der Streifenwagen und Pausenräume zu schaffen. Wenn tägliche Frustrationserfahrungen nicht oder kaum bearbeitet würden, die Menschen also allein gelassen würden, stärke dies auf ungute Weise den unreflektierten Korpsgeist. Es muss einiges getan werden, so Tanjev Schultz, dass die demokratisch gesinnte überwiegende Mehrheit zum Widerspruch gegen ihre rechtsextrem eingestellten Kolleg*innen ermuntert wird. Dazu gehörten auch Möglichkeiten auszuloten und zu erproben um jenseits des „Anzeigezwangs“, mit dem Polizist*innen per Beruf auf problematische Weise konfrontiert seien, Sanktionen gegen rechtsextremistische Einstellungen innerhalb der Polizei zu ergreifen.

Die von Ulrika Engler, Direktorin der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung, mit kühler Leidenschaft freundlich moderierte Podiumsdebatte bot dem Publikum, das sich partiell beteiligen konnte, viele Einsichten in die tiefschichtigen Problemlagen des Themas.

Arzu Altug, Leiterin des Fachbereichs politische Bildung der VHS-Hannover, auf dessen Initiative diese Veranstaltung stattfand, hatte in ihrer Anmoderation verbal neben dem Fragezeichen ein Ausrufezeichen gesetzt. Sie meinte dies nicht als Alarmzeichen, doch die in weitgehend sachlichem Ton gehaltene Debatte der Expert*innen zeigte, dass Aufmerksamkeit gegenüber einem Rechtsextremismus innerhalb der Polizei geboten ist und wird.

PS

Kurzbericht über die Mitgliederversammlung des Netzwerks

Am 19. März hielt der Verein Netzwerk seine 12. Mitgliederversammlung ab. Im Zentrum der Sitzung im Freizeitheim Linden standen diesmal turnusgemäße Neuwahlen und die dazu notwendige Entlastung des alten Vorstands durch die anwesenden 18 Mitglieder auf Antrag der Finanzrevision. Zunächst fasste der Vereinsvorsitzende Horst Meyer die letzten beiden Amtsjahre des Vorstands in seinem Tätigkeitsbericht zusammen: Erfreulich und Mut für die Zukunft machend seien die Mitgliederentwicklung und die Präsenz des Netzwerks mit all seinen Vereinen und Initiativen als aktive Bestandteile der Erinnerungskultur in Stadt und Region. Die finanzielle Lage schilderte er als prekär, aber mit vielen Anstrengungen als gerade so zu bewältigen. Jedenfalls kam das Netzwerk all seinen selbst gestellten Aufgaben in den letzten Jahren nach, hat diese erweitert und sein Arbeitsfeld konsolidiert. Er dankte allen Mitgliedern für ihr Engagement und verabschiedete Anne-Kathrin Race mit ebensolchem Dank für ihre jahrelange ehrenamtliche Arbeit aus dem Vorstand. Sie kandidierte wegen beruflicher und persönlicher Überlastung nicht mehr.

Der alte Restvorstand kandidierte zur Wiederwahl. Kata Miskiel-Deppe, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Hochschule Hannover, gab ihre Bereitschaft zur Kandidatur für den

vakanten Vorstandsposten bekannt. Der Vorstand wurde von der MV einstimmig bei Enthaltung der Kandidaten für die nächsten zwei Jahre gewählt.

Zu den inhaltlichen Fragen – Besuch des „Zeitzentrums Zivilcourage“, Aufstellen eine Mahnmals und einer Erinnerungstafel bei den Sichelwerken durch den Verein Gegen das Vergessen / NS-Zwangsarbeit, Erweiterung des digitalen Stadtrundgang in Zusammenarbeit mit dem „ZeitZentrum Zivilcourage“, Verhandlung eines Antrags und einer Entschließung zum Thema drohender Entzug von Gemeinnützigkeit durch bundesdeutsche Finanzämter u.a.m. – die die MV verhandelte, wird das Protokoll Auskunft geben. Es wird in den nächsten Wochen für Interessierte auf unserer Website veröffentlicht.

PS

Ausblicke

Museum trifft Literatur

Fritz und Heinrich. Ein verlorenes Kinderbuch von Ruth Gröne.

Dieser Abend ist einer besonderen Geschichte gewidmet: In der Bombennacht vom 8. auf den 9. Oktober 1943 verlor Ruth Gröne ihr geliebtes Kinderbuch „Fritz und Heinrich“ von Georg Friedemann (Text) und Illustrator Rudolf Hesse. Ruth Gröne berichtet im Gespräch über ihre Kindheit. In der Erinnerung der Tochter eines jüdischen Vaters und einer evangelischen Mutter bekommt dieses Buch eine besondere Bedeutung.

Textauswahl und Lesung: Marie Dettmer (Literarische Komponistin und Rezitatorin)

Zeichner und Autor in ihrer Zeit: Edel Sheridan-Quantz (Städtische Erinnerungskultur)

Ruth Gröne im Gespräch mit Karljosef Kreter (Städtische Erinnerungskultur).

Musik: Goran Stevanovic (Akkordeon)

Am 28. Mai 2019, 18 bis 20 Uhr im Historisches Museum Hannover, Pferdestraße 6, 30159 Hannover; Veranstalter: Städtische Erinnerungskultur in Kooperation mit dem Historischen Museum Hannover

---

Einladung: Exkursion des Fördervereins für Gedenkstätte Ahlem nach Dora-Mittelbau

Liebe Mitglieder des Netzwerks Erinnerung und Zukunft in der Region Hannover e.V.,

der Förderverein für die Gedenkstätte Ahlem e.V. lädt Interessierte des Netzwerks ein, an einer Exkursion zum thüringischen Mittelbau Dora teilzunehmen. Ein Bus startet am 5. Mai 8 Uhr von der Gedenkstätte Ahlem und ist dort zurück 20.15 Uhr. Die Führung in Dora beginnt um 11 Uhr und endet 15 Uhr. Danach fahren wir zu einem Lokal. Für Gäste des Fördervereins kostet die Exkursion 25 Euro. Mitreisende willkommen! Bitte anmelden bei damun85@hotmail.de und Bestätigung abwarten. Die Zahl der freien Plätze ist begrenzt.

Mit besten Grüßen, Dr. Jens Gundlach

Stellenangebot

Uns erreichte folgende Mitteilung über ein Stellenangebot (s. pdf-Datei unten) in Köln:

„wir suchen für unsere Geschäftsstelle eine/n Referent/in für den Bereich Recht/ Beratung und würden uns freuen, wenn Sie das anhängende Angebot verbreiten würden.

Mit herzlichem Dank und freundlichen Grüßen, Marion Heider!

BUNDESVERBAND INFORMATION & BERATUNG FÜR NS-VERFOLGTE e.V.

Genovevastraße 72 51063 Köln

Tel. +49 (0)221 17 92 94 0

Fax. +49 (0)221 17 92 94 29

www.nsberatung.de

BUNDESVERBAND INFORMATION & BERATUNG FÜR NS-VERFOLGTE

Like us on Facebook

Adobe Acrobat Document

Impressum:

Der Newsletter erscheint zum Ende jedes ungeraden Monats sechsmal pro Jahr als Mitteilungsblatt an die Mitglieder und an Interessierte des Vereins. Redaktionsschluss dieser Ausgabe 26.03.2019. **Redaktionsschluss der Maiausgabe 2019 ist am 22.5.2019.**

Netzwerk Erinnerung und Zukunft e.V., c/o Büro Dr. Horst Meyer & Partner, Bödekerstr. 90, 30161 Hannover; Tel +49 511 961 87 15; erinnerung-und-zukunft@t-online.de; www.netzwerk-erinnerungundzukunft.de

Redaktion Dr. Peter Schyga (Netzwerkreferent)

Netzwerk Erinnerung + Zukunft in der Region Hannover e.V. wird institutionell gefördert von der Landeshauptstadt Hannover, Zentrale Angelegenheiten Kultur.

Landeshauptstadt Hannover